

Politische Gemeinde Balgach
CH-9436 Balgach

Telefon 058 228 80 50
www.balgach.ch

BALGACH 

Reglement über die Abgabe elektrischer Energie

Vom Gemeinderat erlassen am:	27.08.2007
Vom Baudepartement genehmigt:	22.11.2007
Gültig ab:	01.01.2008



Reglement über die Abgabe elektrischer Energie

Gestützt auf Art. 3 bis 6, Art. 36 lit. a, Art. 136 lit. g und Art. 193 Abs. 3 des Gemeindegesetzes vom 23. August 1979 [sGS 151.2] sowie Art. 19 der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Balgach vom 7. Februar 1983 erlässt der Gemeinderat der Politischen Gemeinde Balgach das nachfolgende Reglement:

I. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Geltungsbereich

Dieses Reglement legt die Grundsätze der Versorgung mit elektrischer Energie fest.

Es regelt das Rechtsverhältnis zwischen der Elektrizitätsversorgung Balgach (nachfolgend "Werk" genannt) sowie den Kunden.

Artikel 2

Rechtsform,
Organisation

Die Elektrizitätsversorgung Balgach ist ein Unternehmen öffentlichen Rechts der Politischen Gemeinde Balgach ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Die gesamte Verwaltung und Aufsicht über das Werk steht, soweit sie nicht durch Gesetz, Verordnung oder Reglement anderen Organen übertragen ist, dem Gemeinderat zu.

Der Gemeinderat vollzieht dieses Reglement und bestimmt die Betriebsleitung des Werkes.

Artikel 3

Aufgaben des
Werkes

Das Werk hat die Aufgabe, ein leistungsfähiges und effizientes Elektrizitätsverteilnetz zu betreiben und im Rahmen dieses Reglementes elektrische Energie (nachfolgend "Elektrizität" genannt) an Endverbraucherinnen und -verbraucher im Netzgebiet des Werkes zu liefern. Es organisiert die Netznutzung und reguliert das Netz.

Das Werk baut, unterhält und erneuert nach Massgabe der Grundsätze der Verhältnismässigkeit und Wirtschaftlichkeit die erforderlichen elektrischen Versorgungsanlagen im Netzgebiet und gewährleistet die Versorgungs- und Netzsicherheit.

Artikel 4

Netzgebiet

Der Gemeinderat bestimmt das Netzgebiet, soweit dieses nicht durch den Kanton bezeichnet wird.

Soweit das Netzgebiet auch Gebiete ausserhalb der Grenzen der Politischen Gemeinde Balgach umfassen soll, ist die Anwendung dieses Reglementes mit den betreffenden anderen politischen Gemeinden durch eine Vereinbarung im Sinne von Art. 203 Abs. 1 lit. a GG¹ festzulegen.

¹ Gemeindegesetz [sGS 151.2]

Artikel 5

Kunden des Werkes

Kunden des Werkes sind:

- a) Endverbraucherinnen und –verbraucher, die vom Werk Elektrizität für den Eigenverbrauch beziehen.
- b) Endverbraucherinnen und –verbraucher mit freiem Netzzugang gemäss Art. 6 dieses Reglementes, die Elektrizität für den Eigenverbrauch von einem Lieferanten freier Wahl beziehen und dabei das Verteilnetz des Werkes nutzen.
- c) Eigentümer von Grundstücken, insbesondere Liegenschaften im Sinne von Art. 655 ZGB², welche Bauten oder Anlagen aufweisen, die an das Verteilnetz des Werkes angeschlossen sind.
- d) Baurechtsberechtigte an Bauwerken und anderen Vorrichtungen, deren Bestand im Sinne von Art. 675 ZGB² in das Grundbuch eingetragen ist (in der Folge: "Baurechtsberechtigte"), und welche an das Verteilnetz des Werkes angeschlossen sind.

Artikel 6

Versorgung durch Dritte, Netzzugang

Soweit Endverbraucherinnen oder –verbraucher für den Bezug von Elektrizität von einem Lieferanten freier Wahl den freien Zugang zum Verteilnetz des Werkes beanspruchen, wird der freie Netzzugang im Rahmen dieses Reglementes und unter der Voraussetzung gewährt, dass die Netzsicherheit dadurch nicht gefährdet wird, und dass nach Belieferung der übrigen Kunden des Werkes (Kunden ohne freien Netzzugang) genügend freie Netzkapazität vorhanden ist.³

Der Netzzugang zu den Netzen der übrigen Netzbetreiberinnen und –betreiber ausserhalb des Netzgebietes des Werkes ist alleinige Sache der Endverbraucherinnen und –verbraucher.

Für die Nutzung des Netzes werden seitens des Werkes von den Endverbraucherinnen oder –verbrauchern, welche den freien Netzzugang beanspruchen, Netznutzungsentgelte erhoben. Der Gemeinderat erlässt gestützt auf das übergeordnete Recht⁴ die Netznutzungstarife.

Artikel 7

Einspeisung von Elektrizität ins Netz

Der Netzzugang für die Einspeisung von Elektrizität ins Verteilnetz des Werkes richtet sich nach der übergeordneten Energiegesetzgebung.⁵

II. Rechtsverhältnis zwischen Werk und Kunden

Artikel 8

Allgemeine Grundlagen

Dieses Reglement sowie die gestützt darauf erlassenen weiteren Reglemente und Vorschriften bilden die Grundlage für das Rechtsverhältnis zwischen dem Werk und seinen Kunden.

Für den Netzanschluss, den Netzbetrieb, die Netzbenutzung sowie die Lieferung von Elektrizität sind im weiteren die technischen Bestimmungen und Mindestanforderungen massgebend, welche sich aus

² Schweizerisches Zivilgesetzbuch [SR 210]

³ Art. 13 Stromversorgungsgesetz [StromVG]

⁴ Art. 14 und 15 Stromversorgungsgesetz [StromVG]

⁵ Energiegesetz und Energieverordnung des Bundes [EnG, SR 730.0; EnV, SR 730.01]

dem übergeordneten Recht oder den Richtlinien der Netzbetreiber ergeben.⁶ Vorbehalten bleiben ergänzende Vorschriften des Werkes.

Die Reglemente werden jedem Kunden auf Verlangen unentgeltlich ausgehändigt.

Das Rechtsverhältnis zwischen dem Werk und den Kunden untersteht dem öffentlichen Recht.

Artikel 9

Anschlussbeiträge
und Gebühren

Der Gemeinderat erlässt in Ergänzung dieses Reglementes für die Regelung der Anschlussbeiträge und Gebühren, die im Rahmen des Rechtsverhältnisses zwischen dem Werk und seinen Kunden erhoben werden, ein separates Reglement.

Artikel 10

Besondere Bezugs-
verhältnisse

Das Werk kann mit den Kunden in besonderen Fällen, z.B. für die Energielieferung an Grossbezüger, für die Bereitstellung von Ergänzungs-, Ersatz- oder Saisonenergie, für provisorische Anschlüsse (Schausteller, Festanlässe, Bauplätze, usw.) sowie für Energielieferungen an Kunden mit eigenen Energieerzeugungsanlagen besondere Anschlussbedingungen schriftlich vereinbaren, welche vom vorliegenden Reglement sowie auch vom Reglement über die Erhebung von Anschlussbeiträgen und Gebühren abweichen können.

Artikel 11

Entstehung und
Dauer des
Rechtsver-
hältnisses

Das Rechtsverhältnis mit den Kunden entsteht in der Regel mit dem Anschluss eines Grundstückes oder Bauwerkes (im Sinne von Art. 5 lit. c oder d dieses Reglementes) an das Verteilnetz oder mit dem Energiebezug (mit oder ohne freiem Netzzugang) und dauert bis zur Demontage des Anschlusses bzw. bis zur ordentlichen Abmeldung. Vorbehalten bleiben die Anschlussbedingungen bei besonderen Bezugsverhältnissen.

Artikel 12

Endverbraucherin /
Endverbraucher des
Werkes

Als Endverbraucherin bzw. Endverbraucher des Werkes gilt der Energiebezüger, dessen Energieverbrauch durch das Werk über Messeinrichtungen erfasst oder in besonderen Fällen pauschal festgelegt wird.

Der Energieverbrauch von Untermietern sowie von Mietern von Ferienhäusern, Ferienwohnungen und dergleichen wird nicht separat erfasst.

Für die in Mehrfamilienhäusern oder Grundstücken mit mehreren Benutzern für gemeinsame Zwecke benützte Elektrizität gilt der Eigentümer oder der Baurechtsberechtigte des Grundstückes, auf welchem die Messzähler installiert sind, als Bezüger. Ebenso gilt dies generell bei leerstehenden Bauten und Anlagen, insbesondere leerstehenden Mieträumen sowie bei Bauten und Anlagen, bei welchen der Energiebezug nicht eindeutig einem Bezüger zugeordnet werden kann.

Bei Gesamt- oder Miteigentum (insbesondere Stockwerkeigentum) ist durch die Eigentümerschaft gegenüber dem Werk ein gemeinsamer Vertreter zu bestimmen.

Die Eigentümer von Grundstücken, die Baurechtsberechtigten, sowie die Kunden mit Untermietern oder Mietern von Ferienhäusern oder -wohnungen gemäss Abs. 2 und 3 dieses Artikels dürfen die ihnen

⁶ vgl. die jeweils gültigen "Ergänzenden Weisungen der Netzbetreiberinnen für die Installation von Niederspannungsanlagen" (in der Folge: "EWN"; herausgegeben von den Netzbetreiberinnen in den Kantonen St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Thurgau, Glarus und Graubünden); derzeit gültig sind die EWN 03.

belastete Elektrizität nach den einschlägigen Bezugspreisen des Werkes an die tatsächlichen Energiebezüger weiterverrechnen.

Für den Einkauf von Elektrizität bei Dritten gilt Art. 6 dieses Reglementes.

Artikel 13

Bezügerwechsel

Jeder Eigentums- oder Baurechtswechsel eines Grundstückes, welches Bauten oder Anlagen aufweist, die ans Verteilnetz des Werkes angeschlossen sind, ist dem Werk vom Kunden rechtzeitig schriftlich zu melden, unter Angabe des Zeitpunktes des Wechsels.

Ebenso muss dem Werk jeder Mieterwechsel auf einem solchen Grundstück gemeldet werden; diese Meldung ist Sache des wegziehenden sowie des neuen Bezügers. Ergibt sich nach dem Wegzug des Mieters ein Leerstand, so hat die Meldung auch durch den Grundeigentümer zu erfolgen.

Der Bezüger haftet für die Bezahlung des Energiebezugs bis zur Zählerablesung bei der Beendigung des Bezugsverhältnisses.

Artikel 14

Auflösung des
Bezugsverhältnisses

Das Bezugsverhältnis kann vom Kunden, sofern nichts anderes vereinbart ist, jederzeit unter Einhaltung einer Frist von mindestens drei Werktagen durch schriftliche oder mündliche Abmeldung beendet werden. Die Abmeldung wird vom Werk schriftlich bestätigt.

Die Nichtbenützung von elektrischen Geräten oder Anlageteilen bewirkt keine Beendigung des Bezugsverhältnisses.

Für die Bezahlung von allfälligen Energiebezügen vom Zeitpunkt der Auflösung des Bezugsverhältnisses des bisherigen Bezügers bis zur Begründung des neuen Bezugsverhältnisses haftet der jeweilige Eigentümer des Grundstückes.

III. Voraussetzungen, Art und Umfang der Energielieferung

Artikel 15

Anmeldung zum
Energiebezug oder
zum Netzzugang

Endverbraucherinnen und -verbraucher, welche Elektrizität für den Eigenverbrauch vom Werk oder einem Lieferanten nach freier Wahl beziehen wollen, haben sich zum Energiebezug bzw. zum freien Netzzugang mit einem vom Werk dazu zugelassenen Formular anzumelden.

Das Anschlussgesuch gemäss Art. 30 dieses Reglementes gilt gleichzeitig als Anmeldung zum Energiebezug vom Werk, soweit nicht ausdrücklich der freie Netzzugang zum Energiebezug von einem Lieferanten freier Wahl beantragt wird.

Auf den Bezug von Elektrizität von Dritten durch Kunden mit freiem Netzzugang sind die Art. 15 bis 27 dieses Reglementes analog anzuwenden.

Artikel 16Beginn der Energie-
lieferung

Die Energielieferung wird bei vorhandenem Netzanschluss aufgenommen, sobald die sich aus diesem Reglement ergebenden Voraussetzungen und Verpflichtungen erfüllt sind.

Dies gilt auch bei Anmeldungen zum Energiebezug durch Endverbraucherinnen und –verbraucher, deren Energiebezug im Rahmen eines Vertragsverhältnisses mit einem Kunden des Werkes erfolgt, insbesondere bei Mietern und Pächtern.

Artikel 17Umfang der Energie-
lieferung

Das Werk liefert dem Kunden aufgrund dieses Reglementes elektrische Energie, soweit die technischen Verhältnisse insbesondere die Netzkapazität sowie die Netzsicherheit dies erlauben.

Artikel 18Allgemeine Energie-
Lieferungs-
bedingungen

Das Werk setzt für die Energielieferung die Energieart, die Spannung, die Frequenz, den Leistungsfaktor sowie die Art der Schutzmassnahmen fest.

Artikel 19Vorbehalte und be-
sondere Liefer-
bedingungen

Das Werk kann, soweit es dies zur Verbesserung der Netzverhältnisse als notwendig erachtet, auf Kosten des Verursachers besondere Bedingungen und Massnahmen festlegen, namentlich in folgenden Fällen:

- a) wenn der vorgeschriebene Leistungsfaktor nicht eingehalten wird
- b) für elektrische Verbraucher, die Netzurückwirkungen verursachen, welche den Betrieb der Anlagen des Werkes oder seiner Kunden stören.
- c) zur rationellen Energienutzung.

Diese Bedingungen und Massnahmen müssen verhältnismässig und wirtschaftlich tragbar sein und können auch für bisherige Kunden sowie bereits bewilligte Anschlüsse angeordnet werden.

Artikel 20

Energieverwendung

Der Kunde darf die ihm vom Werk gelieferte Elektrizität in der Regel nur für den Eigenverbrauch verwenden.

Ohne besondere schriftliche Bewilligung des Werkes darf der Kunde vom Werk bezogene Elektrizität nicht an Dritte abgeben, ausgenommen an Untermieter. Dasselbe gilt auch bei der Vermietung von Ferienhäusern, Ferienwohnungen und dergleichen. Der Dritte wird dadurch nicht zum Kunden des Werkes.

Die Verantwortung für die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften über die Energieverwendung obliegt dem Kunden. Das Werk behält sich die Durchführung von Kontrollen vor.

Artikel 21Regelmässigkeit der
Energiefieferung

Das Werk liefert die Elektrizität in der Regel ununterbrochen und im vollen Umfange innerhalb der üblichen Toleranzen für Spannung und Frequenz. Vorbehalten bleiben die Ausnahmebestimmungen gemäss Reglement sowie auf Grund von allfälligen besonderen Bezugsverhältnissen.

Artikel 22Störungen und
Unterbrechungen

Das Werk behebt Störungen bei der Energiefieferung so schnell wie möglich. Bei Unterbrechungen und Einschränkungen nimmt es gebührend auf die Gesamtbedürfnisse der betroffenen Kunden Rücksicht.

Die Kunden werden bei Unterbrechungen in der Energiefieferung nach Möglichkeit im voraus verständigt. Eine solche Voranzeige kann in amtlichen Publikationsorganen erfolgen.

Artikel 23Verweigerung der
Aufnahme der
Energiefieferung

Das Werk kann die Aufnahme der Energiefieferung verweigern, wenn

- a) die allgemeinen oder besonderen Lieferbedingungen gemäss Art. 18 und 19 dieses Reglementes nicht erfüllt sind
- b) die Bewilligung für den Netzanschluss gemäss Art. 28 dieses Reglementes fehlt
- c) Gründe vorliegen, welche zur Einstellung der Energiefieferung gemäss Art. 24 dieses Reglementes berechtigen würden
- d) wenn fällige Anschlussbeiträge oder Gebühren nicht bezahlt sind.

Artikel 24Einschränkungen
Einstellung der
Energiefieferung
a) allgemeine
Gründe

Das Werk kann die Energiefieferung einschränken oder ganz einstellen, insbesondere

- a) bei Einwirkungen höherer Gewalt oder in ausserordentlichen Verhältnissen wie Krieg, Streik, Sabotage, inneren Unruhen, oder Naturereignissen
- b) bei Betriebsstörungen
- c) zur Vornahme von Reparaturen, Unterhalts- und Erweiterungsarbeiten
- d) wenn die Versorgungssicherheit im Netz auf andere Weise nicht mehr gewährleistet werden kann
- e) bei Beschränkung oder Einstellung der Energiefieferung durch den übergeordneten Energie-lieferanten
- f) in Fällen von Energiemangel gemäss Weisungen der zuständigen Behörden im Interesse der Aufrechterhaltung einer gleichmässigen Allgemeinversorgung
- g) auf Grund behördlich angeordneter Massnahmen
- h) bei Unfällen oder wenn eine erhebliche Gefährdung für Personen, Sachen sowie der Umwelt nicht auf andere Weise abgewendet werden kann.

Das Werk ist berechtigt, zur optimalen Lastbewirtschaftung des Netzes für bestimmte Energie-verbraucher die Betriebszeiten einzuschränken. Die dafür notwendigen technischen Einrichtungen gehen zu Lasten des Kunden.

Artikel 25

b) Einstellung der
Energief Lieferung
infolge Kunden-
verhalten

Das Werk ist berechtigt, nach vorheriger schriftlicher Anzeige und unter Hinweis auf die Folgen der Nichtbeachtung die bisherige Energielieferung einzustellen, wenn der Kunde:

- a) elektrische Einrichtungen oder Energieverbraucher benutzt, die den Vorschriften nicht entsprechen oder aus anderen Gründen Personen oder Sachen gefährden
- b) rechtswidrig Energie bezieht
- c) den Beauftragten des Werkes den Zutritt zu seiner Anlage oder Messeinrichtung verweigert oder verunmöglicht
- d) seinen Zahlungsverpflichtungen für den Energiebezug nicht nachgekommen ist
- e) in schwerwiegender Weise gegen wesentliche Bestimmungen von Reglementen oder der besonderen technischen Werkvorschriften verstösst und trotz schriftlicher Abmahnung diese Verstösse nicht unterlässt oder den ordnungsgemässen Zustand nicht wiederherstellt.

Als schwerwiegende Verstösse gelten insbesondere Manipulationen an den Plomben und Messeinrichtungen.

Unbeteiligte Dritte, welche von der Einstellung der Energielieferung direkt betroffen sind, werden vom Werk rechtzeitig über die Einstellung der Energielieferung gegenüber dem Kunden in Kenntnis gesetzt, soweit sie dem Werk bekannt sind.

Artikel 26

Vorkehrungen der
Kunden zur
Vermeidung von
Schäden bei
Unterbrüchen

Die Kunden haben von sich aus alle nötigen und zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um Schäden an ihren Anlagen oder Unfälle zu verhüten, die durch Energieunterbruch, Wiedereinschaltung sowie aus Spannungs- oder Frequenzschwankungen und Oberschwingungen im Netz entstehen können.

Artikel 27

Kunden mit eigener
Elektrizitätsver-
sorgung

Kunden, die eigene Energieerzeugungsanlagen besitzen oder die Elektrizität direkt aus dem Netz eines Dritten beziehen, haben dafür zu sorgen, dass bei Stromunterbrüchen im Netz des Werkes ihre Anlagen selbsttätig von diesem abgetrennt werden und nicht wieder zugeschaltet werden können, solange das Netz des Werkes spannungslos ist.

IV. Bewilligung des Netzanschlusses

Artikel 28

Bewilligungspflicht

Einer Bewilligung des Werkes bedürfen:

- a) der Neuanschluss einer Liegenschaft
- b) die Änderung oder die Erweiterung eines bestehenden Anschlusses, insbesondere die Erhöhung der Anschlussleistung
- c) der Anschluss von Installationen und elektrischen Verbrauchern, welche aufgrund der Gesetzgebung des Bundes oder des Kantons einer Bewilligung bedürfen, insbesondere der Anschluss von Anlagen, welche Spannungseinbrüche oder Netzurückwirkungen verursachen

- d) der Parallelbetrieb elektrischer Energieerzeugungsanlagen mit dem Verteilnetz
- e) der Energiebezug für vorübergehende Zwecke (Baustellen, Ausstellungen, Festanlässe usw.).

Artikel 29

Bewilligungs-
voraussetzungen

Installationen und elektrische Verbraucher werden nur bewilligt und an das Verteilnetz des Werkes angeschlossen, wenn sie

- a) den Vorschriften der Elektrizitätsgesetzgebung des Bundes und des Kantons, den anerkannten Regeln der Technik, insbesondere den EWN, sowie allfälligen ergänzenden Vorschriften des Werkes entsprechen
- b) im normalen Betrieb die elektrischen Einrichtungen der anderen Kunden insbesondere Beleuchtungs-, Radio- und Fernsehanlagen sowie die Fern- und Rundsteuerungsanlagen des Werkes oder der Energielieferanten des Werkes nicht störend beeinflussen
- c) von Unternehmungen oder Personen ausgeführt werden, welche im Besitze einer Installationsbewilligung des Eidgenössischen Starkstrominspektorates (ESTI) sind, soweit eine solche Bewilligung notwendig ist
- d) im Rahmen der Netzkapazität des Werkes liegen und die Gleichmässigkeit der Spannung sowie die Versorgung der anderen Kunden des Werkes nicht beeinträchtigen.

Artikel 30

Anschlussgesuch

Das Anschlussgesuch ist auf einem vom Werk zugelassenen Formular einzureichen. Es sind ihm alle für die Beurteilung erforderlichen Pläne, Beschriebe und dergleichen beizulegen.

Das Anschlussgesuch muss neben dem Gesuchsteller auch vom Eigentümer des Grundstückes bzw. vom Baurechtsberechtigten unterzeichnet sein.

Das Werk kann Einsicht in weitere benötigte Unterlagen verlangen.

Der Gesuchsteller oder sein Installateur bzw. Apparatelieferant haben sich rechtzeitig beim Werk über die Anschlussmöglichkeiten zu erkundigen (Leistungsfähigkeit der Verteilanlagen, Spannungshaltung, Notwendigkeit der Verstärkung von Anlagen usw.).

Weitere Einzelheiten sind in den EWN sowie allfälligen ergänzenden Vorschriften des Werkes geregelt.

Artikel 31

Grundversorgung
Anschlusspflicht
des Werkes

Das Werk hat in seinem Netzgebiet die Grundversorgung nach Massgabe des übergeordneten Rechts⁷ und dieses Reglementes zu gewährleisten.

Artikel 32

Mitbenützung des
Verteilnetzes durch
Dritte

Die Übertragung von Daten und Signalen über das Verteilnetz des Werkes sowie die Nutzung der Anlagen des Verteilnetzes sind grundsätzlich dem Werk selbst vorbehalten. Das Werk kann für die Daten- und Signalübertragung sowie die Mitbenützung der Anlagen des Verteilnetzes durch Dritte auf Gesuch hin und gegen eine angemessene Entschädigung Ausnahmegewilligungen erteilen.

⁷ Art. 5 und 8 Stromversorgungsgesetz [StromVG]

Für den Netzzugang zum Bezug von Elektrizität von Dritten bleibt Art. 6 dieses Reglementes vorbehalten.

V. Anschluss an die Verteilanlagen

Artikel 33

Baubeginn
Anschlussleitung

Mit dem Bau der Anschlussleitung wird erst begonnen, wenn kumulativ die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Vorliegen der Bewilligung für den Netzanschluss
- b) Bezahlung der fälligen Beiträge und Gebühren
- c) Erteilung der Durchleitungsrechte und Dienstbarkeiten an das Werk durch die Grundeigentümer bzw. Baurechtsberechtigten gemäss Art. 39 und 41 dieses Reglementes
- d) Vorliegen eines verbindlichen Situationsplans
- e) Erstellung der Rohplanie
- f) günstige Witterungsverhältnisse.

Artikel 34

Erstellung
Anschlussleitung

Die Erstellung der Anschlussleitung ab dem vom Werk bestimmten Verknüpfungspunkt im bestehenden Verteilnetz bis zur Grenzstelle erfolgt durch das Werk oder dessen Beauftragte. Vorbehalten bleiben davon abweichende Regelungen im Reglement über die Erhebung von Anschlussbeiträgen und Gebühren (vgl. Art. 9 dieses Reglementes).

Das Werk bestimmt die Art der Ausführung (Frei- oder Kabelleitung), die Leitungsführung, den Kabelquerschnitt, den Ort der Hauseinführung sowie den Standort des Anschlussstromunterbrechers und der Mess- und Tarifgeräte. Dabei nimmt das Werk nach Absprache mit dem Kunden nach Möglichkeit auf dessen Interessen Rücksicht.

Das Werk legt nach Massgabe des übergeordneten Rechts⁸ die Spannungsebene fest, ab welcher der Kunde angeschlossen wird.

Artikel 35

Grenzstelle

Als Grenzstelle zwischen dem Verteilnetz des Werkes und der Hausinstallation des Kunden gilt:

- a) bei unterirdischen Zuleitungen mit separatem Hausanschlusskasten: die Klemmen ausgangsseitig im Hausanschlusskasten (die Rohranlage, das Zuleitungskabel und der Hausanschlusskasten stehen im Eigentum des Werkes)
- b) bei unterirdischer Zuleitung mit Hausanschlussüberstromunterbrecher in der Hauptverteilung: die Eingangsklemmen des Hausanschlussüberstromunterbrechers
- c) bei oberirdischer Zuleitung: die Abspannisolatoren des Hausanschlusses.

⁸ vgl. Art. 5 Abs. 5 Stromversorgungsgesetz [StromVG]

Artikel 36Eigentumsgrenze,
Unterhalt der
Anlagen

Die Grenzstelle bildet die Eigentumsgrenze zwischen den Anlagen des Werkes und denjenigen des Kunden.

Der Unterhalt der Anschlussleitung bis und mit Grenzstelle ist Sache des Werkes, während die an die Grenzstelle anschliessenden Hausinstallationen mit Ausnahme der Messeinrichtungen durch den Kunden zu erstellen und zu unterhalten sind.

Artikel 37

Zahl der Anschlüsse

Das Werk erstellt für eine Baute oder Anlage in der Regel nur einen Anschluss. Ebenso gilt dies für Bauten und Anlagen, welche baulich oder wirtschaftlich eng zusammenhängend sind.

Weitere Anschlüsse sowie Verbindungsleitungen zwischen verschiedenen zu einem Grundstück gehörenden Gebäuden oder Anlagen gehen vollumfänglich zu Lasten des Kunden.

Artikel 38Gemeinsame
Anschlussleitung

Das Werk ist berechtigt, mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Zuleitung zu versorgen. Im weiteren steht dem Werk das Recht zu, von einer bestehenden Zuleitung neue Kunden anzuschliessen. Dabei werden Beiträge und Gebühren, welche von bereits angeschlossenen Kunden für diese Zuleitung entrichtet worden sind, nicht zurückerstattet.

Artikel 39

Durchleitungsrechte

Der Eigentümer eines Grundstückes sowie der Baurechtsberechtigte erteilen dem Werk für die sie versorgenden Anschlussleitungen das Durchleitungsrecht unentgeltlich. Dieses Durchleitungsrecht beinhaltet auch das Recht des Werkes, über diese Anschlussleitungen weitere Kunden des Werkes mit Elektrizität zu beliefern, sowie benachbarte Grundstücke daran anzuschliessen.

Müssen für den Anschluss Grundstücke Dritter beansprucht werden, so unterstützen die Eigentümer und Baurechtsberechtigten das Werk bei der Beschaffung der erforderlichen Durchleitungsrechte durch Dritteigentum.

Wenn zur Erweiterung der Verteilanlagen des Werkes, insbesondere zur Erstellung von weiteren Leitungen, Verteilkabinen und dergleichen, privater Grund eines Kunden benützt werden muss, so ist dieser gehalten, dem Werk die notwendigen Durchleitungs- und Nutzungsrechte zu marktüblichen Bedingungen zu erteilen.

Sofern ein Dienstbarkeitsvertrag abgeschlossen wird, ist dieser auf Verlangen des Werkes oder des Kunden im Grundbuch einzutragen.

Artikel 40Werkleitungen
Bestand

Der öffentlich-rechtliche Bestand der Leitungen des Werkes bestimmt sich nach kantonalem Recht.⁹

⁹ Art. 76 Abs. 3 Baugesetz [BauG; sGS 731.1]

Artikel 41Besondere
Transformator-
stationen

Wenn zur Belieferung einzelner Grossbezüger die Errichtung besonderer Transformatorstationen auf dem privaten Grund eines Kunden nötig ist, so werden die Beschaffenheit, die Gestaltung und der Unterhalt der dafür erforderlichen Räumlichkeiten im Rahmen von Art. 10 dieses Reglementes geregelt.

Aufstellungsort und Bauart der Transformatorstation werden vom Werk bestimmt, unter gebührender Berücksichtigung der Interessen des Kunden. Der Kunde gewährt dem Werk auf dessen Verlangen für den Bestand, Betrieb oder Unterhalt der Transformatorstation sowie für den Zutritt unentgeltlich ein im Grundbuch einzutragendes Dienstbarkeitsrecht.

Das Werk ist berechtigt, solche Transformatorstationen auch für die Energielieferung an Dritte zu verwenden.

Artikel 42

Enteignung

Das Enteignungsrecht des Werkes gemäss den Vorschriften des Bundes und des Kantons bleibt vorbehalten.¹⁰

Artikel 43Abtrennung vom
Netz

Mangelhafte elektrische Einrichtungen oder Geräte, von denen eine massgebliche Personen- oder Brandgefahr ausgeht, können durch Beauftragte des Werkes oder durch das Eidgenössische Starkstrominspektorat (ESTI) ohne vorherige Mahnung vom Verteilnetz abgetrennt oder plombiert werden.

Artikel 44Wiederinbetrieb-
setzung von Anlagen

Für die Wiederinbetriebsetzung von vorübergehend ausser Betrieb gesetzten Anlagen hat eine vorherige Verständigung des Kunden mit dem Werk zu erfolgen.

Artikel 45Demontage von
Anschlussleitungen

Nach Beendigung des Bezugsverhältnisses mit dem Kunden kann das Werk mit Einwilligung des Kunden und vorhergehender Anzeige den Anschluss sowie die Messeinrichtungen demontieren.

Ebenso kann der Kunde die Demontage verlangen.

Im Falle des Abbruchs einer Baute oder Anlage darf mit den Abbrucharbeiten erst nach der Demontage des Anschlusses begonnen werden.

Die Demontagekosten werden in einem separaten Reglement im Sinne von Art. 9 dieses Reglementes geregelt.

¹⁰ Art. 44 Elektrizitätsgesetz [EleG; SR 734.0]; Enteignungsgesetz [EntG; sGS 735.1]

VI. Niederspannungsinstallationen

Artikel 46

Erstellung

Niederspannungsinstallationen sind nach der übergeordneten Elektrizitätsgesetzgebung und den darauf basierenden Vorschriften zu erstellen, zu ändern, zu erweitern und in Stand zu halten.

Artikel 47

Installateure

Niederspannungsinstallationen dürfen grundsätzlich nur von Personen oder Betrieben erstellt, geändert oder in Stand gestellt werden, welche über die nötigen Bewilligungen verfügen.¹¹

Das Eidgenössische Starkstrominspektorat führt ein Verzeichnis der erteilten Installationsbewilligungen; dieses Verzeichnis ist öffentlich und kann beim Werk angefordert werden.

Artikel 48

Zutritt zu den Anlagen

Der Kunde hat den Mitarbeitern des Werkes und dessen Beauftragten zu angemessener Zeit und bei Störungen jederzeit den Zugang zu allen elektrischen Einrichtungen insbesondere zu den Mess- und Anschlussstellen zu gestatten.

VII. Messeinrichtungen

Artikel 49

Messeinrichtungen

Die für die Messung des Energiebezuges notwendigen Messeinrichtungen werden vom Werk oder dessen Beauftragten geliefert, montiert und demontiert, ersetzt sowie plombiert und deplombiert. Sie bleiben im Eigentum des Werkes und werden von diesem auf eigene Kosten unterhalten.

Die Kunden gemäss Art. 5 lit. c und d dieses Reglements (Grundeigentümer, Baurechtsberechtigte) erstellen auf ihre Kosten, die für den Anschluss der Messeinrichtungen notwendigen Installationen nach Anleitung des Werkes. Überdies stellen sie dem Werk den für den Einbau der Messeinrichtungen erforderlichen Platz kostenlos zur Verfügung.

Artikel 50

Messgenauigkeit

Messeinrichtungen, deren Messgenauigkeit innerhalb der gesetzlichen Toleranzen liegt, messen richtig. Dies gilt ebenfalls für Umschaltuhren, Sperrschalter, Rundsteuerempfänger usw. mit Differenzen bis +/- 30 Min. auf die Uhrzeit.

Artikel 51

Unregelmässigkeiten
Anzeigepflicht

Von Kunden festgestellte Unregelmässigkeiten in der Funktion der Messeinrichtungen sind von diesen unverzüglich dem Werk anzuzeigen.

¹¹ vgl. Art. 6 der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen [Niederspannungs- Installationsverordnung, NIV; SR 734.24]

Artikel 52Prüfung der
Messeinrichtungen

Der Kunde kann jederzeit eine Prüfung der Messeinrichtungen durch die amtlich ermächtigte Eichstelle verlangen. In Streitfällen ist der Befund der Nachprüfung einer unbeteiligten Eichstelle oder des Bundesamtes massgebend. Werden bei der Prüfung Fehler an den Messeinrichtungen festgestellt, so trägt das Werk die Kosten der Prüfung, einschliesslich der Auswechslung der Messeinrichtung. Andernfalls trägt die Kosten der Kunde.

Artikel 53Beschädigungen/
Entwendung

Werden Messeinrichtungen ohne Verschulden des Werkes beschädigt oder werden diese entwendet, so gehen die Kosten für Reparatur, Ersatz und Auswechslung vollumfänglich zu Lasten des Eigentümers des Grundstückes oder des Baurechtsberechtigten.

Artikel 54

Plombierung

Wer unberechtigt Plomben an Messeinrichtungen beschädigt oder entfernt, oder wer Manipulationen vornimmt, welche die Genauigkeit der Messeinrichtungen beeinflussen, haftet dem Werk für den daraus entstandenen Schaden und trägt die Kosten für die notwendigen Revisionen und Nacheichungen. Die strafrechtliche Verfolgung bleibt vorbehalten.

VIII. Messung und Verrechnung des Energieverbrauchs**Artikel 55**Feststellung des
Energieverbrauches

Für die Feststellung des Energieverbrauches sind die Angaben der Messeinrichtungen massgebend.

Das Ablesen und die Wartung der Messeinrichtungen erfolgt durch Beauftragte des Werkes. Das Werk kann die Kunden ersuchen, die Messeinrichtungen selbst abzulesen und die Zählerstände dem Werk zu melden.

Artikel 56

Fehlmessungen

Bei fehlerhaft angeschlossenen Messeinrichtungen oder bei Fehlanzeigen von Messeinrichtungen wird der Energiebezug des Kunden soweit möglich aufgrund einer nachfolgend durchgeführten Prüfung ermittelt. Lässt sich das Mass der Korrektur durch die Nachprüfung nicht bestimmen, so wird der Bezug unter angemessener Berücksichtigung der Angaben des Kunden vom Werk festgelegt. Dabei ist vom Verbrauch in einer vorausgehenden oder nachfolgenden vergleichbaren Periode auszugehen. Die inzwischen eingetretenen Veränderungen der Anschlusswerte und Betriebsverhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen.

Kann die Fehlanzeige einer Messeinrichtung nach Grösse und Dauer einwandfrei ermittelt werden, so berichtet das Werk die Abrechnung für diese Dauer rückwirkend, jedoch höchstens für die Dauer von fünf Jahren (gerechnet ab dem Berichtigungszeitpunkt). Kann der Zeitpunkt des Eintretens der Störung hingegen nicht festgestellt werden, so wird die Abrechnung höchstens für die Dauer der beanstandeten letzten Ableseperiode angepasst.

Artikel 57

Energieverluste

Treten in den Installationen Energieverluste insbesondere durch Erdschluss oder Kurzschluss auf, welche durch das Werk nicht schuldhaft verursacht worden sind, so hat der Kunde keinen Anspruch auf Reduktion des durch die Messeinrichtungen registrierten Energieverbrauches.

IX. Allgemeine Sicherheitsbestimmungen**Artikel 58**

Massnahmen zur Schadenverhütung

Zur Vermeidung von Schäden sind die folgenden Massnahmen zu treffen:

- a) Wer Grabarbeiten ausführen will, hat sich vor dem Beginn der Arbeiten beim Werk nach der Lage der im Erdboden verlegten Kabelleitungen zu erkundigen. Bei der Ausführung von Grabarbeiten ist auf die vom Werk bezeichneten oder andere während der Grabarbeiten festgestellte Leitungen Rücksicht zu nehmen.

Sind bei den Grabarbeiten Kabelleitungen freigelegt worden, so ist das Werk vor dem Eindecken der Baustelle frühzeitig zu informieren, damit die Kabelleitungen kontrolliert und geschützt werden können.

- b) Wenn in der Nähe einer Freileitung Arbeiten ausgeführt werden müssen, bei denen Personen durch die Freileitung gefährdet werden können, so besorgt das Werk die Isolierung oder Abschaltung der Leitungen gegen angemessenen Kostenbeitrag.
- c) Wer in der Nähe von elektrischen Anlagen Arbeiten irgendwelcher Art vornehmen oder veranlassen will, welche die Anlagen schädigen oder Personen gefährden könnten (z.B. Baumfällen, Tiefbauarbeiten, Reisten, Sprengen usw.), hat dies dem Werk rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten mitzuteilen. Dieses ordnet die erforderlichen Schutzmassnahmen an.

Artikel 59

Gefahren und Defekte, Meldepflicht

Wer Defekte, auffällige Erscheinungen an elektrischen Anlagen oder eine Gefährdung dieser Anlagen oder von Personen durch äussere Einflüsse wahrnimmt, hat im Interesse der öffentlichen Sicherheit das Werk so rasch wie möglich zu verständigen. Das Werk kann für solche Meldungen eine angemessene Vergütung leisten.

Artikel 60

Zutrittsrecht

Die Kunden haben dem Werk ungehinderten Zutritt zu den vom Werk belieferten Liegenschaften zu ermöglichen, wenn und soweit Sicherheitsmassnahmen für Leitungen und Anlagen zu erwägen oder auszuführen sind.

Artikel 61

Pflanzen

Das Werk ist berechtigt, Bäume und andere Pflanzen im Bereich von elektrischen Freileitungen auf das nötige Mass zurückzuschneiden.¹²

¹² vgl. Art. 15 und Art. 35 Leitungsverordnung [LEV; SR 734.31]

X. Haftungsbestimmungen

Artikel 62

Haftung des Werkes

Das Werk haftet aus dem Betrieb des Verteilnetzes gemäss den Haftpflichtbestimmungen des Bundesgesetzes betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen.¹³

Das Werk schliesst unter Vorbehalt zwingender gesetzlicher Bestimmungen die Haftung für Schäden aus, welche den Kunden entstehen, infolge:

- a) Spannungs- und Frequenzschwankungen irgendwelcher Art und Grösse oder aus störenden Oberschwingungen im Netz
- b) Unterbrechungen oder Einschränkungen der Energieabgabe, soweit diese aus Gründen erfolgen, die in diesem Reglement (Art. 24 und 25) vorgesehen sind.

Artikel 63

Haftung für Niederspannungsinstallations

Die durch die Elektrizitätsgesetzgebung vorgeschriebenen Kontrollen und Sicherheitsnachweise entbinden den Installateur oder den Eigentümer der Niederspannungsinstallations nicht von der Haftpflicht.

XI. Rechtsschutz

Artikel 64

Rechtsschutz

Der Rechtsschutz richtet sich nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege.¹⁴

XII. Schlussbestimmungen

Artikel 65

Inkrafttreten

Dieses vom Gemeinderat der Politischen Gemeinde Balgach am 27. August 2007 erlassene Reglement tritt nach durchgeführtem Referendumsverfahren und nach Genehmigung durch das Baudepartement des Kantons St. Gallen am 1. Januar 2008 in Kraft.

Es ersetzt das Reglement vom 19. September 1988 samt Nachträgen und Änderungen.

Artikel 66

Übergangsbestimmungen

Die rechtlichen Wirkungen von Tatsachen, die vor dem Inkrafttreten dieses Reglementes eingetreten sind, werden auch nachher gemäss den Reglementsbestimmungen beurteilt, die zur Zeit des Eintritts dieser Tatsachen gegolten haben. Die rückwirkende Anwendung der neuen Reglementsbestimmungen ist ausgeschlossen.

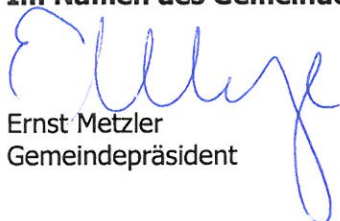
Die nach dem Inkrafttreten dieses Reglementes eingetretenen Tatsachen werden nach dem neuen Recht beurteilt.

¹³ Art. 27 ff EIEG; SR 734.0

¹⁴ sGS 951.1

Vom Gemeinderat der Politischen Gemeinde Balgach erlassen am 27. August 2007.

Politische Gemeinde Balgach
Im Namen des Gemeinderates



Ernst Metzler
Gemeindepräsident



Reto Fäch
Gemeinderatsschreiber



Dem fakultativen Referendum unterstellt vom 2. Oktober 2007 bis 31. Oktober 2007.

Vom Baudepartement des Kantons St. Gallen genehmigt am: 22. Nov. 2007

Für das Baudepartement
Der Leiter der Abteilung Recht und UVP
lic. iur. R. Benz



Für das Baudepartement
Der Leiter des Rechtsdienstes
des Amtes für Umwelt und Energie
(AFU)



lic. iur. R. Benz